

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
Maßnahmen gegen den Missbrauch von Drogen**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass es in Österreich zu keiner Freigabe von Drogen, welcher Art auch immer, kommen wird, und
2. einen Maßnahmenkatalog zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Drogen auszuarbeiten und dem Oö. Landtag vorzulegen. Aufbauend darauf sollen Aufklärungs- und Informationskampagnen gegen den Missbrauch von Drogen in Oberösterreich gestartet werden.

Begründung

Die jüngst erhobenen Forderungen diverser politischer Gruppierungen, den Handel und den Konsum aller Drogen zu legalisieren, ist ein gefährliches Unterfangen. Alleine nur der Konsum von Cannabis kann laut Experten zu Depressionen, Psychosen und Schizophrenie führen. Bei langfristigem Konsum von Drogen muss man mit körperlichen, psychischen und sozialen Schäden rechnen.

Auch der seit 21 Jahren in Graz tätige Richter Helmut Wlasak warnt vor der Freigabe diverser Drogen. In vielen seiner Fälle kam es nach Drogenkonsum, vor allem durch sog. "weiche" Drogen, wie Haschisch und Cannabis, zu psychotischen Störungen und Gewalttätigkeiten innerhalb der Familie. Deutsche Gerichtsmediziner haben sogar nachgewiesen, dass der Konsum von Cannabis auch zum Tod führen kann. Zwei Männer starben an Herzrhythmusstörungen, welche nachweislich durch den Cannabis-Wirkstoff THC ausgelöst wurden. Man kann also nicht von einer harmlosen Substanz sprechen.

Laut § 8 Abs. 4 Oö. Jugendschutzgesetz ist Jugendlichen die missbräuchliche Verwendung von Drogen und Stoffen, die nicht unter das Suchtmittelgesetz fallen, die jedoch allein oder in Verbindung mit anderen Stoffen eine Betäubung, Aufputschung oder Stimulierung herbeiführen können, verboten. Der Oö. Landtag hat auch einstimmig das Verbot für den Erwerb und Konsum von Wasserpfeifen, E-Shishas und E-Zigaretten für unter 16-Jährige mitgetragen, um einem künftigen Suchtverhalten vorzubeugen.

Laut einer vom Gallup-Institut durchgeführten Umfrage sprachen sich 70 Prozent der Österreicher gegen eine Freigabe von Cannabis aus. Das Ziel einer verantwortungsvollen Drogenpolitik muss sein, durch Information und Prävention die Bürger und vor allem unsere Jugend vor gefährlichen Suchtmitteln und gesundheitsgefährdenden Substanzen zu schützen. Eine Liberalisierung und somit eine Verharmlosung von Cannabis, LSD, Kokain etc. ist grob fahrlässig und strikt abzulehnen.

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Schießl, Lackner, Wall, Povysil, Klinger, Cramer, Mahr, Nerat